

# Zivilmacht Bundesrepublik?

Bundesdeutsche außenpolitische Rollen vor  
und nach 1989 aus politik- und  
geschichtswissenschaftlichen Perspektiven



**Nomos**

*Edition Themengruppe  
Außen- und Sicherheitspolitik*

Die Reihe „Außenpolitik und Internationale Ordnung“  
wird herausgegeben von

Prof. Dr. Hanns W. Maull, Universität Trier

Prof. Dr. Sebastian Harnisch, Universität Heidelberg

AUSSENPOLITIK UND INTERNATIONALE ORDNUNG

Klaus Brummer | Friedrich Kießling [Hrsg.]

# Zivilmacht Bundesrepublik?

Bundesdeutsche außenpolitische Rollen vor  
und nach 1989 aus politik- und  
geschichtswissenschaftlichen Perspektiven



**Nomos**

*Edition Themengruppe  
Außen- und Sicherheitspolitik*

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-6396-2 (Print)

ISBN 978-3-7489-0487-8 (ePDF)

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

# Inhalt

1. Einleitung: Politik- und geschichtswissenschaftliche Perspektiven auf außenpolitische Rollen der Bundesrepublik Deutschland  
*Klaus Brummer und Friedrich Kießling* 9

## **Teil 1: Bundesdeutsche außenpolitische Rollenverständnisse vor und nach 1989/90**

2. Die doppelte Staatsräson. Kontinuität und Wandel außenpolitischer Rollen der Bundesrepublik im Übergang von der Bonner zur Berliner Republik  
*Dominik Geppert* 37
3. Deutschland und Japan: Noch immer Zivilmächte?  
*Hanns W. Maull* 51
4. Deutsche Rollen in der Weltpolitik. Eine Kritik der IB-Rollentheorie  
*Gunther Hellmann* 85

## **Teil 2: Rollenkonzepte und Ordnungsvorstellungen im europäischen und globalen Kontext**

5. Internationale Führung und ihre Kontestation. Zur Dynamik der außenpolitischen Rolle der Bundesrepublik in Europa  
*Sebastian Harnisch* 109

6. Keine Rolle ohne Bühne. China, Europa und die Idee einer multipolaren Weltordnung in der Bundesrepublik der langen 1960er Jahre  
*Andreas Plöger* 133
7. Bundesdeutsche außenpolitische Rollen in der Ära Schmidt/Kohl: Die Rückkehr auf die Weltbühne  
*Kristina Spohr* 157

### **Teil 3: Rollenverständnisse und Beziehungsgeschichte**

8. Die Bedeutung der Geschichte in außenpolitischen Rollenbildern: Das Beispiel der deutsch-französischen Beziehungen  
*Ulrich Lappenküper* 187
9. Der lange Atem der Geschichte: Deutschlands Außenpolitik gegenüber Kroatien und Serbien  
*Mladen Mladenov und Bernhard Stahl* 209
10. Memory Matters! Zur Bedeutung des Erinnerns und kollektiver Identitätskonstruktionen in grenzüberschreitenden Beziehungen  
*Andreas N. Ludwig und Caroline Rothauge* 235

### **Teil 4: Die innenpolitische Dimension von außenpolitischen Rollen**

11. Neue Rolle, neue Führungseigenschaften? Außenpolitische Rollenkonzepte und außenpolitische Führungseigenschaften von deutschen Bundeskanzlern und Außenministern  
*Klaus Brummer, Christian Rabini, Katharina Dimmroth und Mischa Hansel* 255

12. Koalitionspolitik und nationale Rollenkonzeptionen: Der Stellenwert von Multilateralismus und Antimilitarismus für die „Zivilmacht“ Deutschland <i>Kai Oppermann</i>	273
13. Von der Bonner zur Berliner Republik: Die „Zivilmacht“ Deutschland im Spiegel parlamentarischer Debatten zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr, 1990 bis 2018 <i>Patrick A. Mello</i>	295
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	317



# 1. Einleitung: Politik- und geschichtswissenschaftliche Perspektiven auf außenpolitische Rollen der Bundesrepublik Deutschland

*Klaus Brummer und Friedrich Kießling*

## *1. Zugänge und Zielsetzungen des Bandes*

Dieser Band nimmt seinen Ausgangspunkt von einer gleichermaßen für Politik- wie Geschichtswissenschaft wichtigen Überlegung. Sie lautet, dass die Außenbeziehungen eines Landes nicht nur von materiellen Größen bestimmt werden, von Bevölkerungszahl, Wirtschaftskraft, vielleicht auch Geografie, und auch nicht nur von klassischen Macht- und Interessenkalkulationen, seien sie außen- oder innenpolitisch bestimmt (siehe exemplarisch Waltz 1979; Mearsheimer 2001; Ripsman, Taliaferro und Lobell 2016). Darüber hinaus ist ein weiterer Faktor wichtig, nämlich gesellschaftlich gebildete Sinnkonstruktionen (Onuf 1989; Iriye 1991; Wendt 1999; Frank 2000). Auf diese Weise wird die Frage nach Vorstellungen davon, welche Position das eigene Land im internationalen System hat oder auch haben soll, von Bedeutung.

An diesem Punkt setzt die Forschung zu außenpolitischen Rollenkonzepten an. Diese fragt sowohl nach den innerstaatlichen „Quellen“, aus denen sich bestimmte Rollenerwartungen und -vorstellungen ergeben (grundlegend Holsti 1970; Maull 1990), wie auch nach der Akzeptanz von nationalen Rollenerwartungen im internationalen System (Thies 2013). Jüngst rückte zudem die Untersuchung des innenpolitischen Widerstreits über unterschiedliche und häufig miteinander konkurrierende Rollenkonzeptionen in den Blickpunkt der rollentheoretischen Forschung (Cantir und Kaarbo 2016).

Rollen lassen sich allgemein definieren als „social positions (as well as a socially recognized category of actors) that are constituted by ego and alter expectations regarding the purpose of an actor in an organized group“ (Harnisch 2011: 8). Diese Definition unterstreicht die soziale Komponente von Rollen, die aus dem Zusammenspiel von zwei (oder mehreren) Akteuren – in den Internationalen Beziehungen sind dies in der Regel Staaten – resultiert. Rollen ergeben sich somit aus dem bzw. werden konstituiert im

Zusammenspiel von „ego“ und „alter“, von Eigen- und Fremderwartungen. Damit unterscheiden sich Rollen von „Identitäten“, die als „relatively stable, role-specific understandings and expectations about self“ (Wendt 1992: 397) verstanden werden können und somit den Fokus auf „ego“ bzw. Eigenerwartungen legen.<sup>1</sup>

Staaten können mehrere Rollen gleichzeitig haben bzw. „spielen“ (so bereits Holsti 1970). Das heißt jedoch weder, dass sämtliche Rollen durchweg miteinander kompatibel sein müssen, noch bedeutet es, dass jede Rolle gleich gewichtig ist. Einige Autoren und Autorinnen gehen bspw. davon aus, dass es bestimmte „master roles“ und damit verknüpfte „auxilliary roles“ existieren (Wehner 2015). In jedem Fall ist es kein Widerspruch, wenn in diesem Band für Deutschland mehrere Rollenkonzepte benannt werden, die die Außenpolitik des Landes anleiten sollen. Ebenso wenig widersprüchlich ist es, wenn in Beiträgen die Frage aufgeworfen wird, inwieweit ein bestimmtes Verhalten überhaupt im Einklang mit einer bestimmten Rolle steht. Derlei Einordnungs- und Interpretationserfordernisse ergeben sich schon allein deshalb, weil Rollenkonzepte „nur“ grundlegende außenpolitische Ausrichtungen und Parameter abstecken, somit Möglichkeiten zur Auslegung und Interpretation eröffnen und entsprechend auch nicht jede Einzelentscheidung im Detail vorgeben (können).

Im vorliegenden Band werden unterschiedliche Stränge der rollentheoretischen Forschung auf die deutsche Außenpolitik bezogen. Gerade in der politikwissenschaftlichen Debatte wurde die deutsche Außenpolitik für den Zeitraum nach der deutschen Wiedervereinigung immer wieder aus der Perspektive zu erwartender und/oder tatsächlicher Veränderungen diskutiert (exemplarisch Rittberger 2001; Hellmann, Jacobi und Stark Urrestarazu 2015). Sprich: Eigentlich hätte sich die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung ändern müssen – sieht man auf die veränderten materiellen Machtmittel des Landes oder auf die neue Stellung im regionalen und internationalen System (Münkler 2015). Sie tat es aber zunächst nicht, jedenfalls nicht in dem Maße, in dem es zu erwarten gewesen wäre. Für die Erklärung reichen also „objektive“ bzw. „materielle“ Faktoren nicht aus. Es muss andere, „subjektive“ bzw. „immaterielle“ Faktoren von Belang geben. Und hier kommen Rollen, Rollenbilder oder das außenpolitische Selbstverständnis ins Spiel (Harnisch und Maull 2001).

---

1 Für eine Kritik an dieser Gegenüberstellung, gemäß der sich auch Identitäten exklusiv in sozialen Zusammenhängen erschließen lassen, siehe McCourt (2014).

Der Schwerpunkt der historischen Forschung zur deutschen Außenpolitik lag lange Zeit auf der Untersuchung der Ausbildung eines neuen außenpolitischen Selbstverständnisses in den ersten Nachkriegsjahrzehnten. Dabei wird angenommen, dass es im Grunde erstaunlich rasch nach 1945 zur Ablösung traditioneller Denkfiguren und zur Ausbildung neuer außenpolitischer Vorstellungen kam. Statt um die eigene Großmacht- oder gar Weltmachtrolle kreisten die Debatten nun um den neuen Status von internationaler Machtlosigkeit bzw. die Reduzierung Deutschlands in Gestalt der Bundesrepublik auf einen „kleinen Staat“ (Kühne 2000; Dülffer 2003; Kießling 2012).

Am Wirkmächtigsten wurde für die historische Forschung das Konzept der „Haltung der Zurückhaltung“ (Paulmann 2006). Damit wird die zunächst programmatische, dann zunehmend verinnerlichte Vorstellung beschrieben, wonach sich die Bonner Republik angesichts der deutschen Geschichte durch ein dezidiert zurückhaltendes Auftreten nach Außen auszeichnen habe. Ausgangspunkt der Überlegungen von Johannes Paulmann war dabei die Auswärtige Kulturpolitik der Bonner Republik. Am Beispiel der Diskussionen um den bundesdeutschen Pavillon auf der Weltausstellung von Brüssel 1958 zeigte er die bewusste Abgrenzung von einer traditionellen machtsstaatlichen Außenrepräsentation, wie sie das Deutsche Reich und insbesondere das nationalsozialistische Deutschland betrieben hatten. Das Ergebnis war die auf Licht und Transparenz setzende Glas-Stahlkonstruktion in Pavillonbauweise von Sep Ruf und Egon Eiermann, die nach den Vorstellungen des für die Konzeption entscheidenden Hans Schwippert nicht nur Offenheit und Zurückhaltung, sondern auch Internationalität ausstrahlen sollte. Zu den zentralen Ausstellungsobjekten gehörte ein Faltpaddelboot. Es entsprach dem Ziel der Ausstellungsmacher, unter dem Motto „Leben und Arbeiten in Deutschland“ nicht herausragende Industrieprodukte ins Zentrum zu stellen, sondern den alltäglichen, „normalen“ Umgang der Menschen mit der Moderne. Der Berliner Tagesspiegel kommentierte den keineswegs ohne Kritik gebliebenen bundesdeutschen Auftritt: „Was nun wirft man der deutschen Repräsentanz in Brüssel von deutscher Seite vor? [...] Dass sie zu schlicht, zu bescheiden sei. [...] Welch Verkennung der architektonischen Situation unserer Epoche, welche beängstigende Verkennung der überaus schwierigen deutschen Situation! Unsere Zurückhaltung kann gar nicht zurückhaltend genug sein“ (zitiert nach Paulmann 2006: 27). Die am Beispiel vom Auftritt in Brüssel beschriebene Norm wurde, so Paulmanns Argument, nach und nach zu einem das bundesdeutsche Auftreten nach außen prägenden Verhaltensmuster, sie wurde internalisiert.

Während weitere Forschungen solche Ergebnisse für die Zeit bis zu Beginn der 1970er Jahre weitgehend bestätigt haben (Barnstone 2005; Trommler 2013), zeichnet sich für die späteren 1970er und die 1980er Jahre ein unübersichtlicheres Bild ab. Zum einen kam die Debatte um den „Machtstatus“ der Bundesrepublik zeitgenössisch wieder in Gang (z.B. Schwarz 1985). Zum anderen zeigen etwa Arbeiten zu den Kontroversen infolge des NATO-Doppelbeschluss von 1979, wie stark Vorstellungen über die außenpolitische Rolle der Bundesrepublik nun wieder innenpolitisch umstritten waren (Becker-Schaum et al. 2012). Auch wenn bisher zu den Außenbeziehungen der späten Bonner Republik deutlich weniger Forschungen vorliegen als für die Zeit zuvor, zeichnet sich damit doch eine neue Dynamik im bundesdeutschen außenpolitischen Selbstverständnis ab, bei der sich zwar viele Aspekte der „Haltung der Zurückhaltung“ weiterhin zeigen, aber doch auch Momente, die für deren beginnende Ablösung bzw. Modifizierung sprechen (Conze 2014; Bressendorf 2015; Spohr 2016). Durchgehend zu berücksichtigen ist zudem eine Überlegung von Frieder Günther, der Paulmanns Beschreibung der Bonner Außenrepräsentationen zwar grundsätzlich übernahm, aber auf die bewusste Konstruktion entsprechender Bilder hinwies und deshalb lieber von „inszenierter Bescheidenheit“ sprach (Günther 2006: 63).

Dieser Band nimmt solche Überlegungen aus der Politik- wie der Geschichtswissenschaft auf und fragt, welche Rollen historisch in der Bundesrepublik zu fassen sind, wie sie sich verändert – und damit möglicherweise „normalisiert“ (Brummer/Oppermann 2016) – haben und welche Bedeutung ihnen für die heutige Sicht auf die bundesdeutsche Position in den internationalen Beziehungen zukommt. Die Frage nach der „Zivilmacht Bundesrepublik“ greift dabei drei miteinander verwobene Aspekte auf. Lässt sich die Außenpolitik der Bundesrepublik vor 1989 mit dem Rollenkonzept der Zivilmacht nachvollziehen? Entspricht das Außenverhalten des wiedervereinigten Deutschlands den Erwartungen, die an eine Zivilmacht gerichtet werden? Und welche weiteren Rollenkonzepte beeinflussten die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland vor wie auch nach der Wiedervereinigung?

Um derlei Fragen in einem politischen System, in einer Gesellschaft wie der Bundesrepublik nachzugehen, genügt es nicht, sich allein außenpolitische Eliten anzusehen. Vielmehr werden solche Rollen in einem größeren politischen Raum ausgehandelt. Daran sind staatliche Instanzen beteiligt, aber auch andere politische Akteure, ferner die Medienöffentlichkeit, vielleicht sogar Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen oder Intellektuelle. Hinzu kommt, dass Rollen nicht in einem abgeschlossen – nationalen –

Raum entstehen oder ausgehandelt werden. Innen- und Außenwahrnehmung, Eigen- und Fremdzuschreibung fließen ineinander (Paulmann 2005). Dass das in der bundesdeutschen Debatte immer wieder geschehen ist, wird in diesem Band deutlich. Ein weiterer, für die Bundesrepublik wichtiger Faktor besteht in historischen Prägungen und Voraussetzungen (Krotz 2015). Im bundesdeutschen Fall ist hier der Nationalsozialismus von besonderer Bedeutung, von dem es sich auch außenpolitisch abzusetzen galt, es zumindest versuchte, auf den man in den internationalen Beziehungen aber auch immer wieder zurückverwiesen wurde. Der Bezug zum Nationalsozialismus ließ sich so in seiner Bedeutung für die internationale Position der Bundesrepublik kaum einmal stabilisieren. Der historische Bezug blieb dynamisch (Kießling 2005).

Dieser Band fragt nach solchen Rollen, ihrer Konstruktion und Entstehungsbedingungen zwischen internationalem System, gesellschaftlichen Bedingungen, aber auch ihren historischen Prägungen, und versucht so nicht zuletzt, Politikwissenschaft und Geschichtswissenschaft ins Gespräch zu bringen. Trotz bzw. gerade wegen der teilweise unterschiedlichen Zugänge der beiden Fächer in ontologischer wie auch epistemologischer Hinsicht (siehe bspw. Dülffer 2000; Elman und Elman 2001; Gaddis 2004) verspricht der interdisziplinäre Zugriff auf die zu untersuchende Thematik nicht nur wechselseitige Einblicke, sondern darüber hinaus auch wichtige Ergänzungen und Vertiefungen der bis dato zumeist getrennt voneinander geführten Diskurse in den jeweiligen Fächern.

Wie stark diese Trennung bisweilen ist, zeigt gerade die Tatsache, dass mit den beiden zentralen Deutungen von Politik- bzw. Geschichtswissenschaft im Feld der bundesdeutschen Außenpolitik – in Form der „Haltung der Zurückhaltung“ auf der einen Seite und der „Zivilmacht“ auf der anderen Seite – im jeweils anderen Fach bisher nur eingeschränkt gearbeitet worden ist. Ähnliches gilt für die wissenschaftlichen Konzepte, mit denen die Konstruktionen außenpolitischer Positionen in den internationalen Beziehungen beschrieben werden. Anders als in der Politikwissenschaft hat der „Rollen“-Begriff in der Geschichtswissenschaft innerhalb der Konzepte, mit denen etwa Fremd- und Eigenwahrnehmungen in den Außenbeziehungen untersucht werden, bisher nur eine geringere Bedeutung. Auch auf dieser konzeptionellen Ebene möchte der Band entsprechend die beiden Disziplinen ins Gespräch bringen.

Der für den Band gewählte theoretisch-konzeptionelle Zugang schließt unmittelbar an die in den letzten Jahren im internationalen Kontext stattgefundene „Wiederentdeckung“ der Rollentheorie an, zu der auch mehrere

Autoren dieses Bandes einen wichtigen Beitrag geleistet haben (insb. Harnisch, Frank und Maull 2011; Harnisch, Bersick und Gottwald 2015). Exemplarisch für die Relevanz der Rollentheorie stehen die neu etablierte Buchreihe bei Routledge zu „Role Theory and International Relations“ oder das Sonderheft der Zeitschrift „Foreign Policy Analysis“ aus dem Jahr 2012. An wichtigen Einzelbefunden ist insbesondere auf die prominenten Arbeiten zur britischen außenpolitischen Rolle (McCourt 2014; Sanders/Houghton 2017), aber auch auf das zunehmende Interesse an außenpolitischem „Nation Branding“ zu verweisen (Dinnie 2015; Gienow-Hecht 2016).

In deutscher Sprache wie auch bezogen auf die deutsche Außenpolitik finden sich hingegen noch keine umfassenden Kompilationen, welche die Rollentheorie zur Untersuchung unterschiedlicher Facetten und Dimensionen deutscher Außenpolitik nutzbar machen würden. Der vorliegende Band setzt an dieser Lücke an. Neben der Vertiefung der fachimmanenten Debatten, soll der gewählte Brückenschlag zwischen Politikwissenschaft und Geschichtswissenschaft zugleich den akademischen Diskurs zwischen den beiden Disziplinen befördern.

## 2. *Leitthemen des Bandes*

Die in diesem Band versammelten Beiträge setzen sich aus politik- bzw. geschichtswissenschaftlicher Perspektive mit einem oder mehreren der folgenden vier Leitthemen auseinander:

Das *erste* Leitthema beschäftigt sich mit dem *außenpolitischen Rollenverständnis der Bundesrepublik sowohl vor als auch nach 1989/90*. Die in der Politikwissenschaft dominante rollentheoretische Perspektive auf die (bundes)deutsche Außenpolitik ist diejenige der Zivilmacht (Maull 1990, 2014). Gerade infolge der sukzessiven Beteiligung Deutschlands an multinationalen Militärmissionen seit den 1990er Jahren ist die Erklärungskraft dieser Rolle jedoch zusehends hinterfragt worden (Baumann und Hellmann 2001; Hellmann 2016). Aus politikwissenschaftlicher Sicht stellen sich entsprechend die Fragen, inwieweit das Rollenkonzept der Zivilmacht noch eine passende Analyse-kategorie ist und inwieweit das analytische Instrumentarium insgesamt adäquat ist zur Erfassung deutscher Außenpolitik. Zugleich rückt die Einbeziehung der Geschichtswissenschaft Aspekte in den Blick, die bislang in der Politikwissenschaft weitgehend ausgeblendet worden sind. Dies gilt insbesondere für die Frage, ob die Außenpolitik der Bun-

desrepublik vor 1989 tatsächlich so „zivilmächtig“ war wie es in der politikwissenschaftlichen Forschung in der Regel schlicht angenommen wird. Im Unterschied zu den Anfangsjahren der Bundesrepublik, auf welche sich die in der geschichtswissenschaftlichen Deutung zentrale These der „Haltung der Zurückhaltung“ (Paulmann 2006) bezieht, hat auch die historische Forschung dieser Frage für die 1970er und 1980er Jahre bzw. für die Phase des Übergangs von den 1980er zu den 1990er Jahren und somit von der „Bonner Republik“ zur „Berliner Republik“ bislang noch wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Das *zweite* Leitthema setzt sich mit *Rollenkonzepten und Ordnungsvorstellungen im europäischen und globalen Kontext* auseinander. Insbesondere aufgrund der Schwäche (Frankreich) bzw. des fehlenden Führungswillens (Großbritannien) anderer potenzieller Führungsmächte, ist der Bundesrepublik in den letzten Jahren eher unverhofft eine Vormachtrolle innerhalb der Europäischen Union (EU) zugewachsen. Aus dieser Rolle des „reluctant hegemon“ (Paterson 2011) ergeben sich aus politikwissenschaftlicher Sicht Fragen nach der praktischen Umsetzung der veränderten und faktisch weiter gestiegenen Rollenerwartungen an Deutschland (Strategiewahl, Partnerwahl etc.). Die Einbeziehung einer geschichtswissenschaftlichen Perspektive zeigt wiederum, dass weder die gegenwärtige Debatte bezüglich der Notwendigkeit eines geeinten (West-)Europas angesichts rapider Wandlungsprozesse im internationalen Umfeld noch speziell die Heranziehung Europas als Projektionsfläche und Vehikel für eine globale(re) Rolle Deutschlands neu sind. Fasst man das Problem der gegenwärtigen und früheren bundesdeutschen Rolle in Europa als Teil der „deutschen Frage“, öffnen sich sogar noch deutlich längere historische Vergleichszeiträume, die bis hin zum Problem einer „halbhegemonialen“ Stellung Deutschlands im 19. und frühen 20. Jahrhundert reichen (Dehio 1948).

Das *dritte* Leitthema behandelt die *Rolle der Geschichte in der und für die deutsche Außenpolitik*, wobei diesbezüglich die *Analyse bilateraler Beziehungen* im Mittelpunkt steht. Die Prägekraft von Rollenkonzepten und -vorstellungen für die Ausgestaltung bilateraler Beziehungen wurde im deutschen Fall vorrangig für die Beziehungen mit Frankreich diskutiert (Krotz 2015). Diese „Sonderbeziehung“ (Harnisch, Brummer und Oppermann 2015) wird in diesem Band ebenfalls thematisiert. Zugleich wird der Blick erweitert durch die rollentheoretische Untersuchung der Beziehungen Deutschlands zu Kroatien und Serbien sowie zu Namibia. Die Beiträge verdeutlichen die anhaltende Prägekraft von aus der Geschichte erwachsenden Rollen(erwartungen) für die deutsche Außenpolitik. In vielen Fällen wird freilich längst auch versucht, die trennende historische Erfahrung durch die

Förderung einer gemeinsamen Erinnerung zu überwinden und damit Annäherungs- und Versöhnungsprozesse zu fördern. Die Kombination von geschichts- und politikwissenschaftlichen Perspektiven eröffnet die Möglichkeit, die Frage nach der Passgenauigkeit und Adäquatheit der den außenpolitischen Rollenkonzepten und -vorstellungen zugrundeliegenden, oftmals historisch geprägten Sichtweisen auf andere Staaten und der daraus resultierenden Erwartungen für deren außenpolitisches Handeln und Nichthandeln zu stellen. Der Brückenschlag zur Geschichte hilft somit, die Rollenkonzepte, welche politischen Entscheidungsprozessen und sich daraus ergebenden Handlungen zugrunde liegen, auf ihren Gehalt hin zu hinterfragen. Umgekehrt verspricht der politikwissenschaftliche Blick aus Sicht der Geschichtswissenschaft vertiefte Einsichten darüber, auf welche – durchaus unterschiedliche – Weisen Erinnerung Eingang in außenpolitische Entscheidungsprozesse finden kann.

Das *vierte* Leitthema bezieht sich auf die *innenpolitische Komponente von außenpolitischen Rollen*. Rollenkonzepte erhalten nur dann Wirkmächtigkeit, wenn sie außenpolitische Entscheidungsprozesse auch in der Praxis beeinflussen. Dies kann bspw. dadurch geschehen, dass Entscheidungsträger und -trägerinnen die mit den Rollenkonzepten einhergehenden Handlungsnormen verinnerlichen. Rollenkonzepte können aber auch zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen werden, etwa innerhalb von Koalitionsregierungen oder im Rahmen des parlamentarischen Diskurses (Brummer und Thies 2015). Von daher sind Rollenkonzepte keineswegs als unwidersprochen oder gar unumstößlich anzusehen. Sie sind vielmehr soziale Konstrukte, die sich aus politischen Kontestations- und Aushandlungsprozesse ergeben.

### 3. Zusammenfassungen der Beiträge

Der Beitrag von *Dominik Geppert* fragt nach Kontinuitäten und Wandlungsprozessen in den außenpolitischen Rollen Deutschlands beim Übergang von der Bonner zur Berliner Republik. Lässt man die vergangenen Jahrzehnte deutscher Außenpolitik Revue passieren, dann ist laut Geppert zweierlei bemerkenswert: zum einen, wie grundlegend sich die internationalen Verhältnisse und die geopolitische Lage der Bundesrepublik seit 1989/90 verändert haben, und zum anderen, wie wenig sich Selbstverständnis und außenpolitischer Stil der Bundesrepublik als einer dem Multilateralismus verpflichteten und am liebsten im größeren Verbund agierenden Macht gewandelt haben. Um das erstaunliche Ausmaß der Kontinuität von

bundesrepublikanischem Selbstbild, außenpolitischer Rollenbestimmung und daraus abgeleitetem außenpolitischen Stil bei gleichzeitiger radikaler Transformation der äußeren Umstände zu erklären, skizziert Geppert mentale Verbindungslinien von der Bonner in die Berliner Republik, die als intellektuelle Wegweiser gedient haben, um den wiedervereinigten Deutschen in ihrer neuen Situation geistige Orientierung zu geben und sie mit politischem Richtungssinn in Zeiten grundstürzender Veränderungen auszustatten. Dabei wurden laut Geppert entscheidende Denkmuster und Handlungsmaximen der Deutschlandpolitik vor 1989 nach 1990 in der deutschen Europapolitik fortgeschrieben und damit gleichsam politische Rollenmodelle vom nationalen auf den europäischen Rahmen transponiert. Um diese These zu erhärten, wird zunächst der Wandel der deutschen Frage im Übergang von der Bonner zur Berliner Republik skizziert. Dann wendet sich der Beitrag dem Stand der zeitgeschichtlichen Forschung zu Deutschlandpolitik und deutscher Frage in den 1980er Jahren zu, ehe in einem dritten Schritt skizziert wird, wo nach 1990 Rückgriffe auf ältere Deutungsmuster konstatiert werden können und inwieweit die Deutschlandpolitik der Bonner Republik über den weltgeschichtlichen Umbruch von 1989/90 hinweg Prägestkraft für die Europapolitik der Berliner Republik entwickelt hat. Dabei wird nicht nur das deutsche Selbstbild untersucht, sondern auch Rollenzuschreibungen und -wahrnehmungen aus dem Ausland.

Der Beitrag von *Hanns W. Maull* geht der Frage nach, ob Deutschland und Japan auch heute noch als Zivilmächte eingeordnet werden können. Nach den vernichtenden Niederlagen im 2. Weltkrieg entwickelten Westdeutschland und Japan als Antwort auf die neuen innen- und außenpolitischen Gegebenheiten auffallend ähnliche außen- und sicherheitspolitische Strategien, die sich dem idealtypischen Rollenkonzept der Zivilmacht zuordnen lassen. Maull untersucht, ob sich diese beiden Staaten auch heute, dreißig Jahre nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes, noch immer als Zivilmächte im Sinne dieses idealtypischen Rollenkonzeptes auffassen lassen. Dazu werden die jeweiligen Außen- und Sicherheitspolitiken seit 1990 systematisch beschrieben und sodann die Übereinstimmungen mit und die Abweichungen der tatsächlichen Politiken vom Idealtypus der Zivilmacht aufgezeigt. Die Untersuchung beschränkt sich dabei auf einen zentralen Aspekt der Rollenkonzepte Deutschlands und Japans als Zivilmächte: die militärische Sicherheitspolitik. Betrachtet werden in diesem Zusammenhang die außen- und sicherheitspolitischen Konzeptionen und ihre Veränderungen anhand von Schlüsseldokumenten und Gesetzeswerken, die außenpolitischen Kulturen anhand von Einstellungen der Bevölkerung, die Beteili-

gung an friedenssichernden und friedens erzwingenden multilateralen Operationen unter der Ägide der Vereinten Nationen oder anderer kollektiver Sicherheitsarrangements sowie die Entwicklung der Rüstungsausgaben. Maull kommt zu dem Ergebnis, dass sich heute zwischen Deutschland und Japan im Bereich der militärischen Sicherheitspolitik sowohl fortbestehende Parallelen wie auch zusehends deutliche Unterschiede zeigen. Insgesamt könnten beide Staaten trotz festzustellender Modifikationen am Rollenkonzept jedoch weiterhin als *Zivilmächte* aufgefasst werden.

Der Beitrag von *Gunther Hellmann* setzt sich kritisch mit dem Analyseinstrument der Rollentheorie auseinander. Laut Hellmann haben „Rollentheorien“ in den vergangenen Jahrzehnten sowohl die Theoriediskussion in den IB wie auch die gegenständliche Forschung einzelstaatlicher Außenpolitik befördert. Das gilt nicht zuletzt für die Forschung über deutsche Außenpolitik, die sich seit den 1980er Jahren in wachsendem Maße mit Rollenzuschreibungen wie etwa „Handelsstaat“, „Zivilmacht“, „Militärmacht“ oder „Hegemonialmacht“ befasst hat. Hellmann thematisiert den möglichen Nutzen und die angemessene Konkretisierung rollentheoretischer Zugriffe und kritisiert zugleich essentialistische Verengungen des ursprünglichen Mead'schen Rollenbegriffs. Derlei Essentialisierungen betreffen dabei keineswegs nur die seit langem anhaltenden Diskussionen darüber, inwieweit die Charakterisierung Deutschlands als eine „Zivilmacht“ für bestimmte Phasen bundesdeutscher Außenpolitik treffend und produktiv ist, sondern sie tangieren ganz grundsätzlich die Theoretisierung außenpolitischer Rollen in den IB. Hellmann argumentiert, dass in Zu- und Beschreibungen von Rollen keine „Wahrheiten“ eingefangen werden können, sondern dass diese Zu- und Beschreibungen „nur“ für triftig gehalten und entsprechend anerkannt wie auch übernommen und reproduziert werden, wodurch sie sowohl Sinn stiften als auch erklären.

Der Beitrag von *Sebastian Harnisch* setzt sich mit der Dynamik der außenpolitischen Rolle Deutschlands im europäischen Kontext auseinander. Drei Krisen und Episoden deutscher Führung haben laut Harnisch die Ordnung deutscher und europäischer Politik massiv herausgefordert. Der Beitrag bietet daher eine Analyse der deutschen Führungsrollen in der Euro-, Ukraine- und Migrationskrise und erklärt, inwiefern deren innenpolitische und internationale Kontestation die bestehende politische Ordnung in Deutschland und Europa verändert hat. Harnisch fokussiert darauf, welche Erwartungen die deutschen Führungsrollen geprägt haben und welche unerwarteten Reaktionen darauf die bestehenden Rollenerwartungen in deutschen und europäischen Institutionen erschüttert haben. Auf der inter- und transnationalen Ebene haben die verschuldeten Eurozonenstaaten, globale

Anleger, die russische Regierung und die von ihr gestützten Rebellenruppen sowie die Ersteintrittsstaaten des Dublin-Reglements und viele Migrierende die Verteilung der Verantwortung für die jeweilige Krise (Verschuldung, West- vs. Ostorientierung, Verteilung von Migrationsanpassungslasten) angefochten. In der Bundesrepublik haben national-konservative bürgerliche Kräfte sowie links- und rechtspopulistische Gruppen und Parteien die Lastenübernahme durch die Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel beklagt. Harnisch betont, dass internationale Führung rollentheoretisch verstanden immer kontestiert wird, weil sie auf der Einwerbung von Gefolgschaft mit divergierenden Erwartungen beruht. Die rasche Sequenz der Krisen und deren starke Wechselwirkung zwischen inter-, transnationalen und binnenstaatlichen Rollenerwartungen zeigt, wie komplex und verwoben internationale Führungsrollen sind und welche unintendierten Konsequenzen festgefügte institutionelle Rollenerwartungen entfalten können. Deutsche Außenpolitik, die mehr Führungsaufgaben übernimmt, wirkt laut Harnisch durch das Zusammenspiel von zurückhaltenden internen und divergierenden, aber fordernden externen Erwartungen, deutlich politisierender im Inland sowie auf europäischer Ebene, sodass sie deutlich aktiver um die Zustimmung staatlicher und nichtstaatlicher Akteure werben muss.

Der Beitrag von *Andreas Plöger* setzt sich mit bundesdeutschen Weltordnungskonzepten der 1960er und 1970er Jahre auseinander. Geht es um die Konstruktion außenpolitischer Rollenbilder von Staaten oder Staatenkollektiven, so muss laut Plöger auch nach dem jeweiligen Vorverständnis des internationalen Umfeldes gefragt werden. Vor diesem Hintergrund zeigt Plöger, dass erstens die Genese postbipolarer Weltordnungskonzepte in der alten Bundesrepublik der langen 1960er Jahre unmittelbar mit Aufstiegserwartungen an die Volksrepublik China („Rotchina“) zu einer dritten „Weltmacht“ verbunden war. Dies war u. a. ein Effekt des sino-sowjetischen Konfliktes und von Systematisierungsversuchen einer Vielzahl internationaler Transformationsprozesse innerhalb westlicher Weltordnungsdiskurse. In diesem Kontext entstand der Begriff der „multipolaren Weltordnung“, dem jedoch der von KPI-Generalsekretär Palmiro Togliatti übernommene „Polyzentrismus“-Begriff vorausgegangen war. Einen vorläufigen Kulminationspunkt erreichte die Debatte über die „neue Weltmacht“ China laut Plöger zwischen 1969 und 1972/73 vor dem Hintergrund der schrittweisen Aushöhlung der amerikanischen *Containment*-Politik und des Chinabesuchs von US-Präsident Richard Nixons im Februar 1972, um dann in der Bundesrepublik ab 1973 von anderen Fragen sukzessive verdrängt und überlagert zu werden. Abgeleitet aus dem Hinzutreten neuer Akteure in den internationalen Beziehungen ergänzte die Vorstellung einer werdenden

„polyzentrischen“ oder „multipolaren“ Welt das Argumentationsrepertoire für eine europäische Integration mit dem Ziel einen „weltpolitischen“ Subjekt-Charakter zu sichern. Zugleich erscheint laut Plöger „Europa“ in diesem Kontext als Kompensationsebene einer historisch begründeten Tradition „weltpolitischer“ Selbstentsagung in der Bundesrepublik.

Der Beitrag von *Kristina Spohr* untersucht außenpolitische Rollenkonzepte Deutschlands während der Kanzlerschaften von Helmut Schmidt und Helmut Kohl. Die Ära Schmidt/Kohl war laut Spohr geprägt von großen Krisen und Transformationen in den 1970er Jahren – insbesondere der Globalisierung – und in den 1980er und 1990er Jahren vom Ende des Kalten Krieges und der europäischen Einigung. Diese tiefgreifenden strukturellen Veränderungen und plötzlichen Umbrüche seien für die bundesdeutsche Rolle in der Welt von wesentlicher Bedeutung gewesen. Spohr fokussiert auf die Rollenvorstellung der führenden Akteure in der Bundesrepublik, speziell die der Bundeskanzler Schmidt und Kohl, und untersucht in vergleichender Perspektive die Grundlagen, Rahmenbedingungen und Ausformungen ihres politischen Handelns. Dabei wird das Eigene und Besondere der jeweiligen historischen Konstellationen herausgearbeitet, in denen die beiden Kanzler agierten. Spohr legt zunächst Schmidts und Kohls eigene Denkweisen dar, um dann ihr politisches Handeln zu kontextualisieren und mit anderen Einfluss- und Wirkungsfaktoren zu korrelieren. Es wird aufgezeigt, wie die Aktivitäten und Entscheidungen der beiden Kanzler, ihre Selbstwahrnehmung und ihre spezifischen Rollenvorstellungen für die Bundesrepublik Einfluss übten sowohl auf die deutsche Selbstdarstellung wie auch das von außen perzipierte Rollenbild Deutschlands in Europa und der Welt. Die Referenzebene für den vergleichenden Blick des Beitrags ist somit die internationale Politik bzw. das internationale System. Der hier vorgenommene Ansatz ist bewusst personenbezogen, zum Teil auch personen-zentriert, da laut Spohr die Bedeutung einzelner Persönlichkeiten und individuellen Handelns für politische Entwicklung und das deutsche Rollenspiel in den internationalen Beziehungen eindeutig herausgearbeitet werden kann.

Der Beitrag von *Ulrich Lappenküper* untersucht die deutsch-französischen Beziehungen aus der Perspektive der Rollentheorie. In der maßgeblich von Kalevi Holsti entwickelten Theorie außenpolitischer Rollen werden jene gemeinhin als „soziale Positionen“ beschrieben, die „durch Eigen-(Ego) und Fremderwartungen (Alter) hinsichtlich der Funktionsübernahme“ eines Mitglieds in der internationalen Gesellschaft definiert werden. In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland sind laut Lappenküper von der Forschung vornehmlich drei Rollenbilder differenziert worden: die

„Zivilmacht“, die „Zentralmacht“ und die „Handelsmacht“. Wirft man den Fokus auf Deutschlands Verhältnis zu Frankreich und dehnt dabei das terminologische Raster über die von Holsti vorgegebenen Grenzen hinaus, lassen sich aber durchaus mehr als diese drei Rollenbilder identifizieren. Nach einer eingehenden Analyse der deutsch-französischen Beziehungen von der Frühphase der Bundesrepublik bis zur jüngsten Vergangenheit stellt Lappenküper aus einer vornehmlich *gouvernemental-exekutiven* Perspektive fest, dass seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland der zunächst geteilten, seit 1990 geeinten zweiten deutschen Demokratie wie auch ihrem Verhältnis zum Nachbarn *d'outre Rhin* diverse Rollenbilder übertragen wurden. Als zentraler Zweck lässt sich dabei der Wunsch nach sprachlicher Prägnanz im politischen Diskurs erkennen. Mit dem Rückgriff auf die Geschichte wurde den Bildern eine historische Tiefenstruktur verliehen, die mal als Mahnung zur Erinnerung an frühere Konflikte, mal zur Rückbesinnung auf eine ‚goldene‘ gemeinsame Vergangenheit diene. Unterschiede zwischen der deutschen Selbstwahrnehmung und der französischen Fremdperzeption gab es dabei im Prinzip nicht, allenfalls in einer differenteren Einschätzung von *Realis* und *Potentialis*. Auch wenn sich im durchmessenen Zeitraum eine Entwicklung vom Negativen zum Positiven erkennen lässt, kann der kollektive Gedächtnisspeicher mit den negativen Rollenbildern laut Lappenküper jederzeit reaktiviert werden.

Der Beitrag von *Mladen Mladenov* und *Bernhard Stahl* argumentiert, dass Geschichte einen signifikanten Einfluss auf die bilateralen Beziehungen Deutschlands zu Staaten des Balkans hat. Dabei wird von der These ausgegangen, dass geschichtliche Zusammenhänge im Falle Serbiens eher belastend und im Falle Kroatiens eher versöhnlich auf die Ausformung der deutschen Außenpolitik gewirkt haben. Mladenov und Stahl überprüfen die These anhand von drei Fallstudien. Dies sind die Kriege in Bosnien und Herzegowina der 1990er Jahre, die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien sowie die „Migrationskrise“ der Jahre 2015-2016. Die Fallstudien betreffen in ähnlichem Maße die Beziehungen in den beiden Dyaden Deutschland-Kroatien bzw. Deutschland-Serbien, haben eine chronologische Abfolge und repräsentieren zugleich die schrittweise institutionelle Annäherung. Mladenov und Stahl argumentieren, dass sich deutsche Außenpolitik in den drei analysierten Fallstudien wohlwollender gegenüber Kroatien zeigte und weniger bereit war, Serbien entgegenzukommen. Es zeigt sich zugleich, dass diese Unterschiede an Bedeutung verlieren, je weiter die institutionelle Annäherung in den Dyaden voranschreitet.

Der Beitrag von *Andreas N. Ludwig* und *Caroline Rothauge* schlägt eine Brücke zwischen der Geschichts- und der Politikwissenschaft mittels der Erinnerungs- wie auch der Beziehungsforschung. Während in mittlerweile zahlreichen geschichtswissenschaftlichen Arbeiten kollektive Bezugnahmen auf Vergangenheit untersucht werden, hat der erinnerungskulturelle Zugriff bislang weder in den Internationalen Beziehungen (IB) noch in ihrem Feld der Beziehungsforschung eine größere Rolle gespielt. Insofern kam, so die von Ludwig und Rothauge verfochtene These, trotz etlicher potenzieller Anknüpfungspunkte seit der dritten großen Theoriedebatte der IB, eine zentrale Triebkraft grenzüberschreitender Interaktionen zu kurz. Der Beitrag möchte diesem Desiderat durch das Aufgreifen kultur- wie geschichtswissenschaftlicher Ansätze der *memory studies* begegnen und auf diese Weise zum sich vorsichtig abzeichnenden *memory turn* in den IB beitragen. Es wird gezeigt, welche Konzepte den Brückenschlag zwischen Gedächtnis- bzw. Erinnerungskulturforschung und IB im Allgemeinen sowie der Beziehungsforschung im Besonderen ermöglichen und welche Bedeutung kollektiven Identitätskonstruktionen hierbei zukommt. Die skizzenhafte Rekonstruktion eines grenzüberschreitenden kommunikativen Aushandlungsprozesses im Rahmen des deutsch-namibischen Gefüges demonstriert den Mehrwert dieses Brückenschlags für Analysen inter- bzw. transnationaler Beziehungen. Die unterschiedlichen kollektiven Interpretationen der Gewaltverbrechen an den Herero und Nama in der ehemaligen Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“ in den Jahren 1904 bis 1908 sowie die entsprechend verschiedenen Wahrnehmungen dessen, was verantwortliches Handeln der heutigen Bundesrepublik in diesem Kontext bedeute, stellen in der von Ludwig und Rothauge vertretenen Perspektive den Schlüssel für das Verständnis des insgesamt angespannten Verhältnisses zwischen Deutschland und Namibia im frühen 21. Jahrhundert dar.

Der Beitrag von *Klaus Brummer*, *Christian Rabini*, *Katharina Dimmroth* und *Mischa Hansel* greift die wissenschaftliche Debatte über einen außenpolitischen Rollenwechsel Deutschlands seit der Wiedervereinigung auf. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob es zu einer Abkehr vom Rollenkonzept der Zivilmacht und einer Hinwendung zu einer „normalen“ außenpolitischen Rolle („Normalisierung“) kam, die sich etwa in einem selbst- und machtbewussterem Auftreten Deutschlands ausdrückt. Basierend auf der Annahme, dass außenpolitische Rollen soziale Konstrukte sind, die von nationalen Entscheidungsträgern im Zuge von Sozialisationsprozessen internalisiert werden, untersuchen Brummer et al., inwieweit sich eine „Normalisierung“ in den Führungseigenschaften deutscher Entscheidungsträger nachweisen lässt. Hierfür wurden die Führungseigenschaften von deutschen

Bundeskanzlern und Außenministern sowie einer Bundeskanzlerin, die vor bzw. nach der Wiedervereinigung im Amt waren, auf der Grundlage von ihren Sprechakten ermittelt. Als Analyseinstrument diente der *Leadership Trait-Ansatz* (LTA), für den ein neu entwickeltes Kodierungsschema für deutschsprachige Texte zur Anwendung kam. Die empirische Analyse zeigt, dass sich bei fast allen im LTA-Ansatz abgebildeten Führungseigenschaften Veränderungen seit der Wiedervereinigung ergeben haben. Für die drei Führungseigenschaften Glaube an die eigenen Kontrollfähigkeiten, Machtbedürfnis und Selbstbewusstsein entsprachen die Veränderungen (im Sinne von: Zunahme) auch den Erwartungen, die sich aus einer „Normalisierung“ ableiten ließen. Bedeutsam war die Veränderung bzw. Zunahme jedoch einzig bei der Führungseigenschaft Selbstvertrauen. Auch wenn sich somit eine deutliche „Bewegung“ in den Führungseigenschaften der außenpolitischen Entscheidungsträger Deutschlands seit der Wiedervereinigung aufzeigen lässt, sind laut der vorgelegten Ergebnisse kaum grundlegende Veränderungen nachzuweisen.

Der Beitrag von *Kai Oppermann* untersucht Koalitionsregierungen als Arenen der Bedeutungszuweisung und Interpretation der nationalen Rollenkonzeption Deutschlands als Zivilmacht. Dabei fragt er nicht danach, *ob* das vereinigte Deutschland noch angemessen als Zivilmacht beschrieben werden kann, sondern *wie* die Koalitionspartner in Bundesregierungen die mit einer solchen Rollenkonzeption verbundenen Handlungserwartungen bewerten und gewichten. Zu diesem Zweck richtet sich der Blick insbesondere auf die Prinzipien des Multilateralismus und Antimilitarismus, die einerseits Kernbestandteile der idealtypischen Zivilmachtkonzeption sind, andererseits aber in der deutschen Außenpolitik seit Ende des Ost-West-Konflikts zunehmend in Widerspruch geraten. Die Untersuchung zeigt, dass Koalitionspartner diesen Prinzipien bei ihrer Zuschreibung der Zivilmachtkonzeption einen unterschiedlichen Stellenwert beimessen und dass sich solche Differenzen nicht zuletzt in Koalitionsentscheidungen über eine Beteiligung Deutschlands an multilateralen Militäreinsätzen niederschlagen können. Oppermann argumentiert, dass die beobachteten Abwägungen der Koalitionspartner zwischen militärischer Zurückhaltung und multilateraler Verlässlichkeit Teil des fortlaufenden Ausräufelns dieser beiden Grundsätze in der deutschen Zivilmachtkonzeption sind und dass die Bedeutung, die dieser Konzeption für die deutsche Außenpolitik zugewiesen wird, jeweils neu verhandelt werden muss. Dieses Argument wird in zwei Fallstudien zur rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2002) und zur schwarz-gelben Bundesregierung unter Bun-

deskanzlerin Angela Merkel (2009-2013) illustriert. In theoretischer Hinsicht plädiert Oppermann dafür, die Schnittstelle zwischen dem Interesse der Rollentheorie an innenpolitischen Auseinandersetzungen über nationale Rollenkonzeptionen und Arbeiten zur Außenpolitik von Koalitionsregierungen besser auszuleuchten. Dies verspricht neue Perspektiven sowohl auf die innenpolitische Zuweisung und den Wandel nationaler Rollenkonzepte als auch auf außenpolitische Konflikte und Entscheidungsdynamiken in Koalitionsregierungen.

Der Beitrag von *Patrick A. Mello* richtet den Blick auf parlamentarische Debatten zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Politikwissenschaftliche Analysen der deutschen Außenpolitik haben sich seit der Wiedervereinigung vielfach damit auseinandergesetzt, inwiefern sich der rollentheoretische Idealtyp der „Zivilmacht“ weiterhin für eine treffende Charakterisierung des deutschen Rollenverhaltens eignet. Mello setzt sich zum Ziel, den Idealtyp mit dem tatsächlichen Rollenverhalten systematisch abzugleichen. Hierzu wird der empirische Fokus auf parlamentarische Debatten zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr gelegt – ein Politikfeld, in dem sich die Veränderung der internationalen Sicherheitslage und somit auch der Wandel der sicherheitspolitischen Rolle Deutschlands in den vergangenen Jahrzehnten deutlich abgezeichnet hat. Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob die gestiegene Anzahl an Auslandseinsätzen und die kontinuierliche Erweiterung des Aufgabenspektrums der Bundeswehr auch mit einer Veränderung in der politischen Rhetorik einhergingen. Sprich: Inwiefern rekurren politische Debatten im Bundestag auf Kategorien des Zivilmachtkonzepts? Und lässt sich im Zeitverlauf eine Veränderung der Redebeiträge feststellen? Um diese Fragen zu beantworten, werden mittels der Methode des „Text Mining“ sämtliche Bundestagsdebatten zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr im Zeitraum seit der Wiedervereinigung, von 1990 bis 2018 untersucht. Mello zeigt, dass die Übereinstimmung mit dem idealtypischen Zivilmachtkonzept im Zeitverlauf deutlich sinkt, wobei sich überraschenderweise in Plenardebatten zu NATO-Einsätzen eine noch vergleichsweise höhere Übereinstimmung mit dem Konzept finden lässt als bei Debatten zu UNO- oder EU-Missionen.

#### 4. *Schlussfolgerungen*

Aus den einzelnen Beiträgen dieses Bandes lassen sich eine Reihe von allgemeineren Schlussfolgerungen ziehen. Sie betreffen die Disziplinen der Politikwissenschaft wie der Geschichtswissenschaft gleichermaßen, wenn

auch teilweise mit unterschiedlicher Relevanz. Wir haben diese nachfolgend entlang der Dimensionen Theorie/Konzeption, Methode und Empirie aufgeführt.

Mit Blick auf *theoretische/konzeptionelle* Einsichten ist zunächst auf die unterschiedlichen Sichtweisen auf sowie Verständnisse von Rollen und Rollenkonzepten zu verweisen, die sich in den Beiträgen dieses Bandes finden. Diese zeigten sich nicht nur zwischen den Disziplinen, sondern auch innerhalb der beiden Fächer. Ein Unterschied ergab sich bei der Einbettung von Rollen in (kausalen) Erklärungen deutscher Außenpolitik. Einerseits – und typischerweise – werden Rollen als erklärende bzw. unabhängige Variablen verstanden, mittels derer das Außenverhalten Deutschlands erklärt werden soll. Andererseits werden Rollen aber auch als zu erklärende bzw. abhängige Variable herangezogen, die sich bspw. als Ergebnis innerstaatlicher Kontestations- und Aushandlungsprozesse innerhalb von (Koalitions-)Regierungen oder Parlamenten erklären lassen oder sich sogar aus den Biographien einzelner Entscheidungsträger speisen. Und folgt man einem derzeit prominenten theoretischen Ansatz in der Politikwissenschaft in Form des Neoklassischen Realismus (Ripsman, Taliaferro und Lobell 2016), so ließen sich Rollen ferner als intervenierende Variablen verstehen, die die allgemeinen vom internationalen System herrührenden Zwänge in konkretes außenpolitisches Handeln von Staaten übersetzen. Rollen können somit als abhängige, intervenierende oder unabhängige Erklärungsfaktoren (Variablen) dienen. Der Band verdeutlicht jedoch auch, dass eine solch kausale Perspektive auf Rollen nicht die einzig mögliche ist.

Ein weiterer Unterschied zeigte sich dahingehend, ob Rollen als Idealtypen oder aber als Realtypen verstanden werden. Falls Rollen als Idealtypen konzipiert werden, dann dienen sie zuvorderst als Heuristiken, mittels derer Wirklichkeit erfasst, geordnet und dadurch verstanden werden soll. Andererseits werden Rollen aber auch als Realtypen gesehen, die tatsächlich in der Empirie auftreten können. Je nach Perspektive kann sich Deutschland somit ähnlich wie eine Zivilmacht verhalten oder aber eine Zivilmacht sein. Hieraus ergeben sich dann auch normative sowie politikpraktische Implikationen: Wenn eine bestimmte Rolle als ein Idealtyp verstanden wird, sind empirisch beobachtbare Abweichungen zwangsläufig und entsprechend auch nicht wirklich zu kritisieren. Eine idealtypische Rolle kann somit bestenfalls ein Orientierungspunkt staatlichen Handelns sein, der aber in der Praxis nicht vollauf erreicht werden kann.

Eine sich aus den Beiträgen ergebende Frage ist die nach der „Elastizität“ von Rollenkonzepten bzw. nach „conceptual stretching“ (Sartori 1970). Wie konkret können bzw. müssen Rollen definiert werden, um etwa als

Heuristik oder aber auch als Handlungsmaßstab dienen zu können? Damit verbunden: Ab welchem Punkt erscheint es nicht länger zielführend, von der Beibehaltung einer Rolle als passende Heuristik zur Analyse eines Landes oder aber als konkreten Handlungsmaßstab für ein Land zu sprechen, wenn sich das tatsächliche Handeln des Staates immer weiter von den mit dem Rollenkonzept verbundenen Verhaltenserwartungen wegbewegt? Hier lässt sich auch wieder an die Diskussion von Ideal- und Realtypen anknüpfen: Wenn Rollen als Idealtypen verstanden werden, ist es nicht nötig, einzelnen Rollen im Lichte abweichenden Verhaltens qualifizierende Hinweise („modifizierte“ „angepasste“ Rolle o.ä.) voranzustellen. Bei Realtypen mag dies hingegen zielführend sein, solange das Rollenkonzept dadurch nicht überdehnt wird.

Im Einklang mit einem Strang der jüngeren rollentheoretischen Forschung, der den Blick auf innerstaatliche Kontestationsprozesse im Zusammenhang mit der Formulierung und Umsetzung außenpolitischer Rollen legt, verdeutlichen auch mehrere Beiträge dieses Bandes, dass Rollen keineswegs unwidersprochene soziale Konstrukte darstellen. Vielmehr werden Rollen mitunter intensiv sowie aus ganz unterschiedlichen Quellen in Frage gestellt. Solche Auseinandersetzungen finden nicht nur innerstaatlich auf der Ebene der politischen Eliten – etwa am Kabinetttisch oder im Parlament – statt, sondern werden auch von staatlichen Akteuren jenseits der eigenen Grenzen sowie von nichtstaatlichen und transnationalen Akteuren angestoßen. Im Ergebnis sind Rollen als durchaus adaptive Konstrukte anzusehen, die ganz im Sinne einer konstruktivistischen Perspektive nicht nur infolge von Veränderungen in den materiellen Fähigkeiten eines Staats, sondern auch im Zuge diskursiver Prozesse angepasst oder gar verworfen werden können.

Damit verbunden: Auch, wenn Rollen sozial und somit im Miteinander von (staatlichen) Akteuren konstruiert werden, müssen sie keineswegs stets positiv konnotiert sein. Vielmehr gibt es auch negative Rollenbilder, wobei hier eine offene Frage ist, ob positive oder negative Rollenbilder möglicherweise unterschiedlich starke Wirkung entfalten. In jedem Fall ist festzuhalten, dass selbst im Falle einer Entwicklung von negativen zu positiven Rollenbildern erstere nicht automatisch dauerhaft verschwunden sein müssen, sondern durchaus wieder – nicht zuletzt durch gezielte Erinnerungspolitik – diskursiv reaktiviert werden können. Gleichwohl scheint eine fortschreitende Institutionalisierung von bilateralen Beziehungen eine gewisse Versicherung gegen das (Wieder-)Erstarken von negativen Rollenbildern darzustellen.

In den Beiträgen zeigte sich schließlich auch die schwierige Abgrenzung von Rollen mit verwandten Konzepten wie Identitäten. Diese Problematik ist freilich bereits in der Rollentheorie selbst angelegt. Weitgehend unbestritten ist, dass Rollen soziale Konstrukte sind, für deren Konstituierung sowohl Eigen- wie auch Fremdwahrnehmungen einbezogen werden müssen. Offen ist jedoch bis heute, welcher analytische Stellenwert „ego“ bzw. „alter“ gerade bei der Formierung von Rollen zugewiesen wird. Und je stärker der Fokus auf der ego-Dimension von Rollen liegt, desto größer werden zwangsläufig die Ähnlichkeiten zwischen Rollen- und Identitätszuschreibungen. Das gilt im Übrigen stärker noch als für die Politikwissenschaften für die historische Forschung, wo bei der Untersuchung von Identitäten von jeher der Dynamik von Innen- und Außenzuschreibungen ein besonderer Stellenwert eingeräumt worden ist (grundlegend Giesen 1999).

In *methodischer* Hinsicht verdeutlicht dieser Band die Offenheit der rollentheoretischen Forschung für ganz unterschiedliche analytische Zugänge. Sie reichen von hermeneutischen bzw. interpretativen Zugängen bis hin zu erklärenden bzw. empirischen Ansätzen. Letztere beschränken sich dabei nicht auf Einzelfallstudien bzw. vergleichend angelegte Fallstudien-Designs, wobei sich der Vergleich nicht nur auf unterschiedliche Etappen oder Handlungsfelder der deutschen Außenpolitik bezieht, sondern auch länderübergreifend angelegt sein kann. Darüber hinaus finden sich quantitative Analysemethoden, bei denen Sprechakte von politischen Eliten computergestützt ausgewertet werden.

Die Beiträge verdeutlichten ebenfalls, dass die „Träger“ von Rollen unterschiedlich verstanden werden können. Sie reichen von einzelnen außenpolitischen Entscheidungsträgern und -trägerinnen über Mitglieder von Parlamenten als Vertreter bzw. Vertreterinnen des Volkes bis hin zur Bevölkerung selbst. Daraus ergeben sich unterschiedliche Anforderungen an das Forschungsdesign, mittels derer Rollen identifiziert bzw. deren Wirken nachgezeichnet werden können. Dies reicht von der Analyse von Sprechakten bzw. Diskursen bis hin zu einem praxeologischen Zugang, bei dem außenpolitische Formen und Handlungen im Mittelpunkt stehen.

Trotz der angeführten methodischen Vielfalt, trat auch in den Beiträgen dieses Bandes freilich eines der Kernprobleme gerade der positivistischen rollentheoretischen Forschung zutage, in Form der Identifizierung und Benennung von Rollen. So gibt es noch immer keine klaren Vorgaben dahingehend, auf welcher Quellenbasis (Sprechakte von Entscheidungsträgern, Strategiedokumente etc.) Rollen wie genau abgeleitet werden können. Da-

mit verbunden, bleibt es weiterhin den jeweiligen Analysen überlassen, Bezeichnungen für einzelne Rollen zu vergeben. Der Objektivierbarkeit von Forschungsergebnissen sind dadurch weiterhin enge Grenzen gesetzt.

In *empirischer* Hinsicht werden in den Beiträgen eine ganze Reihe unterschiedlicher Rollenkonzepte aufgegriffen. Während sich manche von diesen auf bestimmte bilaterale Beziehungen konzentrieren, verweisen die meisten Rollenkonzepte auf grundsätzlichere außenpolitische Ausrichtungen Deutschlands, wie „Hegemon“, „Führungsmacht“, „Zentralmacht“ oder „Handelsstaat“. Die größte Aufmerksamkeit erhielt jedoch das Rollenkonzept der „Zivilmacht“.

Mit Blick auf die Zivilmacht greift dieser Band unter anderem die gerade in der Politikwissenschaft kontrovers diskutierte Frage auf, ob die Bundesrepublik seit der Wiedervereinigung weiterhin eine solche ist bzw. als solche beschrieben werden kann. Auch die hier versammelten Beiträge ergeben kein eindeutiges Bild. Einerseits wird auf der Grundlage von politischen Überzeugungen maßgeblicher außenpolitischer Entscheidungsträger oder anhand der Analyse sicherheitspolitischer Konzepte auf ein relativ geringes Maß an Veränderungen bzw. Anpassungen verwiesen. Andererseits zeigen bspw. Plenardebatten im Bundestag, dass das Rollenkonzept der Zivilmacht immer weniger Resonanz findet, zumal bei Debatten zu Missionen von EU und UNO.

Zudem lassen sich gerade im Bereich der Sicherheitspolitik maßgebliche Unterschiede im Außenverhalten des Landes im Vergleich zu den Jahren vor 1989 aufzeigen. Auslandseinsätze der Bundeswehr stehen zwar nicht per se im Widerspruch zur Rolle einer Zivilmacht. Aufgrund ihrer Häufung und Intensität stellen sie jedoch eines der zentralen Elemente des Zivilmachtkonzepts, in Form der Skepsis gegenüber der Nutzung des Militärs als Instrument der Außenpolitik, zumindest infrage.

Für eine vollständige Abwendung Deutschlands von der Zivilmachtrolle gibt es hingegen keine Anzeichen. Angesichts des mit der Wiedervereinigung verbundenen Zuwachses an materiellen Machtmitteln wie auch aufgrund der weltpolitischen Verschiebungen der letzten drei Jahrzehnte ist die weitgehende Kontinuität durchaus bemerkenswert und spricht für eine Dauerhaftigkeit und vielleicht auch gewisse „Trägheit“ von außenpolitischen Rollen. Dass Partnerländer gerade im Verteidigungsbereich, aber auch mit Blick auf politische Führung<sup>2</sup>, mitunter mehr von Deutschland erwarten, als

---

2 So sagte bspw. der damalige polnische Außenminister Radosław Sikorski im Jahr 2011: „Deutsche Macht fürchte ich heute weniger als deutsche Untätigkeit“ (DGAP 2011).

dass dieses bereit ist zu leisten, legt wiederum nahe, dass Alter-Erwartungen zwar wichtig sind für die Ausformung von Rollen, jedoch keineswegs zwangsläufig zu Anpassungen führen müssen. Dem „altercasting“, bei welchem ein Staat einen anderen eine bestimmte Rolle geben bzw. zuzuweisen versucht (Thies 2013: 32), scheinen somit Grenzen gesetzt.

Ungeachtet aller grundsätzlicher Kontinuität seit der Wiedervereinigung eröffnen die geschichtswissenschaftlichen Beiträge dieses Bandes den Blick darauf, dass die Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung keineswegs stets so „zivilmächtig“ gehandelt hat, wie es gerade in der Politikwissenschaft gemeinhin schlichtweg angenommen bzw. vorausgesetzt wird. Für die politikwissenschaftliche Diskussion von Kontinuität und Wandel in der Zivilmachtrolle Deutschlands könnte es somit zielführend sein, diese Frage nicht nur für die Zeit seit der Wiedervereinigung zu stellen, sondern das analytische Instrumentarium des Fachs auch auf Episoden vor 1989 anzulegen, um zu ergründen, in welchen Handlungskontexten bzw. unter welchen Bedingungen auch die westdeutsche Außenpolitik von den an eine Zivilmacht gerichteten Erwartungen abgewichen ist. Ein längerer Zeithorizont würde möglicherweise die aktuelle Debatte um jüngere und jüngste Abweichungen Deutschlands von der Zivilmachtrolle relativieren und damit auch den Grad an Wandel, der vermeintlich oder tatsächlich seit der Wiedervereinigung eingetreten ist.

Eine größere zeitliche Tiefe verdeutlicht zugleich, dass gegenwärtige Debatten um eine Neuordnung globaler Machtverhältnisse im Zuge des Aufstiegs Chinas durchaus Vorläufer haben. Von aktueller Relevanz sind derlei Diskurse der 1960er und 1970er Jahre nicht zuletzt deshalb, weil schon damals bei den bundesdeutschen Diskussionen um eine multipolare Weltordnung der europäische Integrationsprozess einen wichtigen Referenzrahmen für die Selbst-/Behauptung Deutschlands in einem sich rapide veränderten internationalen Umfeld darstellte.

Eine sich hieraus ergebende übergeordnete Frage lautet schließlich, inwieweit Deutschland es vermocht hat, seine außenpolitischen Rollenvorstellungen in den institutionellen Rahmen der EU zu übertragen. Dass die EU bereits vor Deutschland (und Japan) als „Zivilmacht“ bezeichnet wurde (Duchêne 1973), scheint Anknüpfungspunkte zu bieten. Andererseits gibt es Mitgliedstaaten der Organisation, allen voran Frankreich, die sich mit einer solchen Rolle nur schwerlich identifizieren können bzw. begnügen wollen. Dem „uploading“ der Zivilmachtrolle in die weiterhin überwiegend zwischenstaatlich geprägte und damit auf die Zustimmung aller Mitgliedstaaten angewiesene Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und der

mit ihr verbundenen Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU dürften somit enge Grenzen gesetzt sein.

\*\*\*\*\*

Der vorliegende Band geht auf eine Tagung zurück, die im Mai 2018 an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt durchgeführt wurde. Für die Unterstützung der Tagung durch die Maximilian-Bickhoff-Universitätsstiftung möchten wir uns herzlich bedanken.

Unser Dank gilt ferner den anonymen Gutachtern sowie den beiden Herausgebern der Reihe „Außenpolitik und Internationale Ordnung“, in der dieser Band erscheint. Ebenfalls bedanken möchten wir uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte für die Unterstützung bei der Durchsicht des Manuskripts. Schließlich gilt unser Dank der Geschichts- und Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, welche die Drucklegung des Bandes finanziell unterstützt hat.

Gewidmet ist dieser Band Georg Brummer, dem Vater von Klaus Brummer.

## 5. *Quellen- und Literaturverzeichnis*

- Ascher Barnstone, Deborah (2005) *The Transparent State. Architecture and Politics in Postwar Germany*. London und New York.
- Baumann, Rainer, und Gunther Hellmann (2001) Germany and the Use of Military Force: ‘Total War’, the ‘Culture of Restraint’ and the Quest for Normality. *German Politics* 10(1), 61-82.
- Becker-Schaum, Christoph et al. (Hrsg.) (2012) „*Entrüstet Euch!*“ *Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung*. Paderborn.
- Bresselau von Bressensdorf, Agnes (2015) *Frieden durch Kommunikation. Das System Genscher und die Entspannungspolitik im Zweiten Kalten Krieg 1979–1982/83*. München.
- Brummer, Klaus, und Kai Oppermann (2016) Germany’s Foreign Policy after the End of the Cold War: “Becoming Normal”? *Oxford Handbooks Online*. Oxford University Press. DOI: 10.1093/oxfordhb/9780199935307.013.1.
- Brummer, Klaus, und Cameron G. Thies (2015) The Contested Selection of National Role Conceptions. *Foreign Policy Analysis* 11(3), 273-293.